



Geschäftsführung Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-27447

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 05.06.2023

Niederschrift

über die **16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 02.03.2023, 15:32 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Erika Oedingen	SPD	vertritt Frau Scho-Antwerpes
Frau Mechthild Böll	Bündnis 90/Die Grünen	vertritt Frau Yazicioglu
Herr Floris Rudolph	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Timo Hilleke	Auf Vorschlag der Grünen	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag von CDU	
Herr Thomas Welter	CDU	
Herr Franz Philippi	SPD	vertritt Frau Schmerbach
Frau Lena Teschlade	Auf Vorschlag der SPD	
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	
Frau Stefanie Ruffen	FDP	vertritt Frau Hoyer
Frau Jennifer Glashagen	Volt	

Beratende Mitglieder

Frau Iris Dworeck-Danielowski	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Daniel Gojic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Monika Dierksmeier	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Jutta Eggeling	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Horst Ladenberger	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Dietmar Ciesla-Baier	Auf Vorschlag der SPD
Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers	Auf Vorschlag der SPD

Herr Daniel Rogge	Auf Vorschlag der SPD
Frau Fatima Remli	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Benedikt Liefertz	Auf Vorschlag der FDP
Herr Jan Schlagenhaut	Auf Vorschlag von GUT
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Paul Intveen	Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Dr. Christiane Köhler	Seniorenvertretung

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V. vertritt Frau Reischauer
Frau Carine Weber	Integrationsrat
Frau Sophie Sängler	Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik vertritt Frau Linne

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dezernent für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Dr. Katja Robinson	Leiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Frau Heike Kerscher	Leiterin, Amt für Wohnungswesen
Martina Würker	Leiterin, Jobcenter Köln
Frau Sigrít Ortmann	stellv. Leiterin, Amt für Integration und Vielfalt
Frau Vanessa Weller	Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Alexa Dreyer	Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Mirjam Tomše	Behindertenbeauftragte der Stadt Köln

Schriftführer

Herr Thomas Krämer	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
--------------------	---------------------------------------

Gäste

Herr Thomas Zitzmann	Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
----------------------	--------------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Elfi-Scho-Antwerpes	SPD
Frau Dilan Yazicioglu	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Katja Hoyer	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Markus Peters	CDU
Frau Sieglinde Eich-Ganske	VOLT
Herr Daniel Klapheck	Synagogengemeinde Köln
Frau Claudia Reischauer	Der Paritätische, Kreisgruppe Köln
Herr Jörg Zeyßig	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Inge Line	Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Eva-Maria Hefner	Arbeiterwohlfahrt Köln
Frau Alice Rennert	Caritasverband Köln
Frau Alina-Toyah Sallmon	Synagogengemeinde Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Petra Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Frank Feles	Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** eröffnet um 15:32 Uhr die 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, die Besucher*innen und die Vertreter*innen der Medien sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass die Verwaltung folgende Zusetzungen zur Tagesordnung vorgenommen habe:

I. Öffentlicher Teil

- 2.1.1 Sparkasse KölnBonn, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
0521/2023
Nachtrag 19, zugesetzt 01.03.2023, Tischvorlage
- 5.2 Fortschreibung der Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI ab dem Haushaltsjahr 2023
0222/2023
Nachtrag 11, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage
- 8.1 Bericht des Jobcenter Köln
0571/2023
Nachtrag 2, zugesetzt 22.02.2023.
- Zu 10.1.1 AN/0241/2023, Fördermittel aus dem Stärkungspakt gegen Armut abrufen
Beantwortung der Anfrage
0732/2023
Nachtrag 17, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage.
- Zu 10.1.2 Wohngeldantragsstau und Abschlagszahlungen
Beantwortung der Anfrage
0720/2023
Nachtrag 18, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage
- Zu 10.2.1 Stadt kassiert einstweilige Anordnung durch das Verwaltungsgericht - Vorhaben zur Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Alleinerziehender mit 5 Kindern unzulässig (Anfrage AN/0050/2023 der AFD-Fraktion), Beantwortung der Anfrage
0241/2023
Nachtrag 9, zugesetzt 27.02.2023
- Zu 10.2.3 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu "Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grund-sicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine"
0729/2023
Nachtrag 14, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage

- Zu 10.2.4 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0049/2023 der SPD bzgl. der Räumung des Obdachlosenlagers auf der Kalker Hauptstraße am 08.12.2022
0335/2023
Nachtrag 6, zugesetzt 24.02.2023.
- 10.2.6 Anfrage des Sachkundigen Einwohners Intveen (Behindertenvertretung) vom 22.02.2023 zur Barrierefreiheit öffentlicher Toiletten
AN/0300/2023
Nachtrag 4, zugesetzt 23.02.2023.
- 10.3.1 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.02.2023.
AN/0331/2023
Nachtrag 10, zugesetzt 27.02.2023
- 10.3.2 Inklusionsbericht 2021
Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2023
AN/0334/2023
Nachtrag 13, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage
- Zu 10.3.2 Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Inklusionsbericht 2021
Beantwortung der Anfrage
0741/2023
Nachtrag 20, zugesetzt 01.03.2023, Tischvorlage
- Zu 11.1.1 Anfrage der Seniorenvertretung zur Beantwortung von Fragen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik am 28.10.2022
(AN/1970/2022)
Beantwortung durch die Verwaltung
0352/2023
Nachtrag 5, zugesetzt 23.02.2023.
- 12.12 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
0186/2023
Nachtrag 1, zugesetzt 22.02.2023.
- 12.13 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln
0355/2023
Nachtrag 3, zugesetzt 22.02.2023.
- 12.14 Mietvertrag und Umbau Drogenkonsumraum Kalk
0619/2023
Nachtrag 7, zugesetzt 27.02.2023.
- 12.15 Gründung des Forums "Unternehmen engagiert in Köln" und Marktplatz "Gute Geschäfte fürs Klima!"
0681/2023
Nachtrag 8, zugesetzt 27.02.2023.

- 12.16 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023
Nachtrag 12, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage
- 12.17 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine
0509/2023
Nachtrag 15, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage
- 12.18 Sprachen in Köln
0680/2023
Nachtrag 16, zugesetzt 28.02.2023, Tischvorlage.
- 12.19 Bezahlbare Mieten in Köln sichern - GAG bleibt dem Anspruch auf Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu
0179/2023
Nachtrag 21, zugesetzt 02.03.2023, Tischvorlage

Ferner wurde von den Fraktionen Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, DIE LINKE und FDP ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag

Köln-Pass automatisch versenden
AN/0411/2023

eingereicht, über dessen Dringlichkeit vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen werden muss.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass gewünscht werde die TOPs 3.1 und 10.2.5 zusammen zu behandeln und, da die Beantwortung zu TOP 10.2.5 noch nicht vorliege, beide TOPs in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die TOPs 4.1, 12.16 und 12.17 in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben, da hierzu noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Detjen (Die Linke) beantragt die TOPs 9.2 und 10.2.2 zusammen zu behandeln und den Dringlichkeitsantrag zusammen mit TOP 12.10 sowie die TOPs 10.1.2 und 12.19 zusammen zu behandeln.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** bittet die antragstellenden Fraktionen die Dringlichkeit zu begründen.

Frau Glashagen (Volt) begründet die Dringlichkeit mit der Notwendigkeit der Möglichkeit, den Köln-Pass mit der gemeinsamen Beantragung der verschiedenen Voraussetzungen, wie zum Beispiel Wohngeld, Grundsicherung und Bürgergeld zu versenden, schnellstmöglich Realität werden zu lassen und dieser Dringlichkeitsantrag aufgrund der Mitteilung der Verwaltung mit Vorlage [0182/2023](#) notwendig geworden sei.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Dringlichkeit des Antrages AN/0411/2023 wird **einstimmig zugestimmt**.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass der Dringlichkeitsantrag unter **TOP 3.2** in die Tagesordnung aufgenommen werde.

Weitere Wünsche zur Änderung der Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Mündlicher Bericht des Dezernenten
- B Mündlicher Bericht der Liga der Wohlfahrtsverbände
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Integration und Vielfalt**
 - 2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften
 - 2.1.1 Sparkasse KölnBonn, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
0521/2023
 - 2.2 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten
 - 2.2.1 Regelmäßiger Austausch der Behindertenbeauftragten mit den Mitgliedern der Werkstattträte und den Frauenbeauftragten der Werkstätten
0185/2023
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 3.1 Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts
Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke
AN/1627/2022

Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts“ (AN/1627/2022)

Gem. Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT
AN/2073/2022

3.2 Köln-Pass automatisch versenden

Gem. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU-Fraktion, Volt-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und FDP-Fraktion
AN/0411/2023

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Antrag des Integrationsrates zur Sicherstellung der Gleichbehandlung von geflüchteten Personen sowie konsequente Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes
3112/2022

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Baubeschluss
1622/2022

5.2 Fortschreibung der Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI ab dem Haushaltsjahr 2023
0222/2023

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Wohnen

7.1 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0138/2023

7.2 Ergebnis der Wohnraumförderung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022
0331/2023

8 Jobcenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenter Köln
0571/2023

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Berichte zur Situation Geflüchteter
0060/2023

9.2 3. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
4043/2022

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1.1 Fördermittel aus dem Stärkungspakt gegen Armut abrufen
Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.02.2023
AN/0241/2023

AN/0241/2023, Fördermittel aus dem Stärkungspakt gegen Armut abrufen
Beantwortung der Anfrage
0732/2023

10.1.2 Wohngeldantragsstau und Abschlagszahlungen
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 17.02.2023
AN/0278/2023

Wohngeldantragsstau und Abschlagszahlungen
Beantwortung der Anfrage
0720/2023

10.2 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.2.1 Stadt kassiert einstweilige Anordnung durch das Verwaltungsgericht
Anfrage der AfD-Fraktion vom 16.01.2023
AN/0050/2023

Stadt kassiert einstweilige Anordnung durch das Verwaltungsgericht - Vorhaben zur Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Alleinerziehender mit 5 Kindern unzulässig (Anfrage AN/0050/2023 der AfD-Fraktion), Beantwortung der Anfrage
0241/2023

10.2.2 Beantwortung der Nachfrage zu TOP 9.4 Gewaltschutzkonzept aus der Sitzung vom 22.09.2022
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Remli
3862/2022

10.2.3 Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.05.2022
AN/1010/2022

Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu "Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine"
0729/2023

- 10.2.4 Räumung eines Obdachlosenlagers in Köln-Kalk am 08.12.2022
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.01.2023
AN/0049/2023

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0049/2023 der SPD bzgl. der Räumung des Obdachlosenlagers auf der Kalker Hauptstraße am 08.12.2022
0335/2023

- 10.2.5 Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen
Gem. Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, SDP, FDP und Die Linke vom 16.01.2023
AN/0048/2023

- 10.2.6 Anfrage des Sachkundigen Einwohners Intveen (Behindertenvertretung) vom 22.02.2023 zur Barrierefreiheit öffentlicher Toiletten
AN/0300/2023

- 10.3 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

- 10.3.1 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.02.2023.
AN/0331/2023

- 10.3.2 Inklusionsbericht 2021
Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2023
AN/0334/2023

Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Inklusionsbericht 2021
Beantwortung der Anfrage
0741/2023

11 Mündliche Anfragen

- 11.1.1 Anfrage der Seniorenvertreterin Dr. Köhler der Stadt Köln zu Beantwortungen der Verwaltung in der Sitzung der Stadt AG Seniorenpolitik vom 28.10.2022
AN/1970/2022

Anfrage der Seniorenvertretung zur Beantwortung von Fragen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik am 28.10.2022 (AN/1970/2022)
Beantwortung durch die Verwaltung
0352/2023

12 Mitteilungen

- 12.1 LSBTI-Aktionsplan: erste Zwischenbilanz
0444/2023
- 12.2 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023
0083/2023
- 12.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2023"
4289/2022
- 12.4 Bericht aus der Geschäftsstelle Kooperatives Baulandmodell
0157/2023
- 12.5 Aktionstag „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 13. Kölner Vorsorge-Tag am 29.03.2023
0422/2023
- 12.6 Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
1020/2022
- 12.7 Mitteilung über Verteilung der Mittel Interkulturelle Zentren 2023
0334/2023
- 12.8 „Aktionstag Senior*innen“ am 25. März 2023
0483/2023
- 12.9 Konzept der Stadt Köln für die Einrichtung von genderneutralen Toiletten an Schulen und in städtischen Gebäuden
4195/2022
- 12.10 Ergebnis der Prüfung des automatischen Versands von Köln-Pässen an Wohngeld- und SGB II- Leistungsbeziehende (AN/2060/2022)
0182/2023
- 12.11 Förderprogramm "Im Veedel gegen Corona"
0572/2023
- 12.12 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
0186/2023
- 12.13 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln
0355/2023
- 12.14 Mietvertrag und Umbau Drogenkonsumraum Kalk
0619/2023

- 12.15 Gründung des Forums "Unternehmen engagiert in Köln" und Marktplatz "Gute Geschäfte fürs Klima!"
0681/2023
- 12.16 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023
- 12.17 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine
0509/2023
- 12.18 Sprachen in Köln
0680/2023
- 12.19 Bezahlbare Mieten in Köln sichern - GAG bleibt dem Anspruch auf Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu
0179/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 14 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 15 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 16 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 17 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 17.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
 - 17.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 18 Mündliche Anfragen**
- 19 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

A Mündlicher Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt zur Situation der Unterbringung geflüchteter Menschen mit, dass weiterhin täglich ca. 5-15 Zugänge nach Köln stattfinden. Es handele sich in der Mehrheit um Zugänge durch unerlaubt Eingereiste aus den Westbalkanstaaten. Da die Stadt Köln die festgelegte Quote mit über 100 % bereits übererfülle, erfolgen keine Zuweisungen durch das Land NRW. Die von der Politik beschlossene langfristige Vorhaltung von Unterbringungsmöglichkeiten wirke sich positiv aus, da die Stadt hierdurch in der Lage sei, allen nach Köln flüchtenden Menschen eine feste Unterkunft anbieten zu können. Durch den Wegfall der 1.000 Unterbringungsplätze in den Hallen der Messe Köln sei jedoch nicht von einer Entspannung der Lage auszugehen. Es sei, wie bereits in den vergangenen Jahren, im Winter ein Anstieg unerlaubt eingereister Menschen festzustellen. Hier gehe die Verwaltung davon aus, dass diese Menschen in wärmeren Monaten wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Es kann aber grundsätzlich nicht von einer Entwarnung gesprochen werden, so dass die Verwaltung derzeit eine Beschlussvorlage erstelle, um den vom Rat gefassten und bis zum 30.06.2023 gültigen Bedarfsfeststellungsbeschluss verlängern zu lassen.

Aktuell werden deutlich über 11.000 Menschen in städtischen Unterkünften untergebracht. Diese hohe Zahl ermöglicht es derzeit nicht, die vom Rat beauftragten Mindeststandards, wie zum Beispiel abgeschlossene Wohneinheiten, zu realisieren. In Beherbergungsbetrieben sind derzeit ca. 2.500 Plätze mit geflüchteten Menschen belegt. Hier werden von Seiten der Verwaltung Plätze ohne eigene Kochgelegenheit zunehmend abgebaut und solche mit Selbstversorgungsmöglichkeit aufgebaut.

Zum Thema „Betreuungsvereine“ merkt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** an, dass das Land NRW zwischenzeitlich eine Verordnungsermächtigung erlassen habe, aber die Durchführungsverordnung hierzu noch ausstehe.

Zum NRW-Stärkungspakt, im Kontext und in Abgrenzung zum Kölner Strukturförderfonds, teilt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** mit, dass das städtische Förderprogramm „Kölner Strukturförderfonds“ angelaufen sei. Von Seiten des Landes werden für ähnliche Fälle 11 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel können sowohl von Trägern und Institutionen, als auch für Individuelleistungen genutzt werden. Von Seiten des Landes liegen derzeit keinerlei konkrete Anweisungen zum Umgang mit diesen Mitteln vor. Hier führe die Verwaltung intensiv eine Abstimmung herbei, um eine sinnvolle Ergänzung zum Kölner Strukturförderfonds zu ermöglichen. Doppelförderungen sind zu vermeiden.

Hinsichtlich des geförderten Wohnungsbaus führt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** aus, dass im Bereich der positiven Bescheidung von Förderanträgen eine Zielübererfüllung festzustellen sei. Im vergangenen Jahr wurden ca. 1.300 Anträge mit einem Fördervolumen von ca. 180 Millionen Euro Landesmitteln bewilligt. Die Verwaltung habe aber keine Möglichkeit der Steuerung über die Umsetzung der geförderten Maßnahmen. Die Verwaltung erstelle hierzu gerade einen Bericht über die tatsächliche Umsetzung der geförderten Maßnahmen der vergangenen Jahre.

Herr Hilgers (SPD) bittet die Verwaltung um Auskunft zu den Planungen hinsichtlich der ab 01. Mai startenden Einführung des 49 Euro Tickets im Hinblick auf den Köln-Pass.

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung der Stadt Köln) bittet die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass Ansprechpartner*innen zum Stärkungspakt, auch in der Niederschrift, bekannt gegeben werden. Ferner bittet sie um Auskunft darüber, ob auch Kirchengemeinden anspruchsberechtigt seien.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt zum 49 Euro Ticket mit, dass die Verwaltung hierüber aktuell Beratungen führe und die Mitglieder des Ausschusses über die Ergebnisse informiere.

Zum Stärkungspakt des Landes NRW erläutert **Herr Beigeordneter Dr. Rau**, dass die Verwaltung sicherstellen werde, dass Ansprechpartner*innen mitgeteilt werden, sobald das Programm tatsächlich umgesetzt werden könne. Es sei dezidiertes Auftrag des Stärkungspaktes des Landes NRW, dass Organisationen unterstützt werden.

Zur Kenntnis genommen.

B Mündlicher Bericht der Liga der Wohlfahrtsverbände

Herr Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.) führt aus, dass der Doppelhaushalt 2023/2024 eine Zäsur darstelle, da die Kosten- und Förderstruktur der freiwilligen Träger voneinander entkoppelt werde. Hier sei absehbar, dass z.B. im Bereich der im Haushalt eingestellten Personalkosten und der durch die anstehenden Tarifverhandlungen dann tatsächlich vereinbarten Gehaltserhöhungen eine Lücke entstehe. Hier bestehe die Notwendigkeit, dass die Träger mit der Stadt ins Gespräch kommen, um die Belastungen für die Träger im Rahmen zu halten.

Den Trägern liege viel daran, dass sowohl der städtische Strukturförderfonds, als auch der Strukturförderfonds des Landes NRW nun tatsächlich umgesetzt werde. Aus Sicht der Träger sollten hier beide Fonds zusammen gedacht werden. Die Träger stellen sich hier beispielsweise vor, dass Förderungen aus dem Paket des Landes vor allem Kostensteigerungen im Bereich der Sach- und Energiekosten und die Förderung der Stadt Kostensteigerungen im Bereich des Personals abfange. Auch hier wünschen sich die Träger, bereits im planerischen Stadium in die Gespräche einbezogen zu werden.

Herr Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.) erinnert im Zusammenhang mit dem städtischen Strukturförderfonds an die von der Verwaltung zugesagte Positivliste.

Herr Erkelenz (CDU) bittet um Mitteilung der Verwaltung, ob für Betreuungsvereine eine Förderung durch die Landesmittel abzusehen sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau verweist auf die anstehende Beratung im Landtag.

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Herr Intveen (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) teilt mit, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einen Antrag zur Barrierefreiheit der neuen KBV-Niederflurbahnen einbringen werde.

Er macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Belange von Menschen mit Behinderung bei allen Tätigkeiten der Verwaltung und der stadteigenen Betriebe zu berücksichtigen.

Frau Tomše (Behindertenbeauftragte der Stadt Köln) merkt an, dass zum Thema Barrierefreiheit der neuen KVB-Niederflurbahnen eine gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren und des Verkehrsausschusses anberaumt werde.

2.1.1 Sparkasse KölnBonn, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik 0521/2023

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung der Stadt Köln) bedankt sich bei der Verwaltung für die Mitteilung. Sie macht darauf aufmerksam, dass viele Senior*innen mit dem digitalen Angebot der Banken nicht zurechtkommen.

Herr Wild (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) macht auf die Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik am 17.03.2023 aufmerksam, bei welcher das Thema „Analoge Teilhabe von Senior*innen“ behandelt werde.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

2.2.1 Regelmäßiger Austausch der Behindertenbeauftragten mit den Mitgliedern der Werkstatträte und den Frauenbeauftragten der Werkstätten 0185/2023

Frau Tomše (Behindertenbeauftragte der Stadt Köln) erläutert die Mitteilung und teilt mit, dass durch den Austausch mit den Werkstatträten und den Frauenbeauftragten der Werkstätten eine lohnende Struktur geschaffen wurde, da dort ein weites Spektrum anstehender Fragen besprochen werden könne.

Herr Intveen (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) verweist auf den Inklusionsbericht der Stadt Köln und macht darauf aufmerksam, dass eine direkte Beschäftigung bei der Stadtverwaltung oftmals besser für die Betroffenen sei.

Herr Liefertz (FDP) bittet um Auskunft darüber, welche Themen bei diesem regelmäßigen Austausch der Behindertenbeauftragten und den Mitgliedern der Werkstatträte konkret angesprochen werden.

Frau Tomše (Behindertenbeauftragte der Stadt Köln) teilt mit, dass die Arbeit der Behindertenbeauftragten und des Büros der Behindertenbeauftragten vorgestellt wurde. Des Weiteren wurden Themen besprochen, welche bei der Arbeit in den Werkstätten an die Menschen herangetragen wurden. Dies sei ein breit gefächertes Spektrum, welches sowohl persönliche Empfindungen über Angsträume bis hin zu bundespolitischen Themen reiche.

Zur Kenntnis genommen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke AN/1627/2022

Anmerkung der Schriftführung: Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, diesen TOP zusammen mit TOP 10.2.5 (Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen, gem. Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, FDP und Die Linke vom 16.01.2023) in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

**Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts“ (AN/1627/2022)
Gem. Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT
AN/2073/2022**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

3.2 Köln-Pass automatisch versenden Gem. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU-Fraktion, Volt-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und FDP-Fraktion AN/0411/2023

Herr Hilleke (Bündnis 90/Die Grünen) bringt einen Änderungsantrag ein und schlägt vor, das Wort „automatisch“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Hintergrund sei die Stellungnahme der Verwaltung, nach der immer eine Einwilligung zur Weitergabe der Daten erforderlich sei.

Zum eigentlichen Antrag führt **Herr Hilleke (Bündnis 90/Die Grünen)** aus, dass die antragstellenden Fraktionen sich erhoffen, auf diese Weise mehr Menschen zu erreichen, welche das Angebot des Köln-Passes wahrnehmen könnten. So nahmen z.B. zum Jahresende 2021 ca. 30% der Bezieher*innen von SGB II Leistungen das Angebot eines Köln-Passes nicht wahr.

Herr Detjen (Die Linke) merkt an, dass eine Weitergabe der Daten nur mit Zustimmung der Betroffenen möglich sei. Er schlägt vor hier systematisch vorzugehen und ggf. die Möglichkeit zu berücksichtigen, dass ein Antrag (auf Leistungen) einen anderen Antrag (auf den Köln-Pass) auslöse. Dies gelte es, gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln zu prüfen und schlussendlich umzusetzen.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Köln-Pass soll zukünftig ~~automatisch~~ an Empfänger*innen von SGBII-Leistungen und Wohngeld versandt werden. Ebenso an Personen, die einen Kinderzuschlag nach § 6a BKGG oder Kriegsopferversorgung nach dem BVG erhalten.

Die Datenübermittlung der personenbezogenen Daten soll datenschutzkonform, z.B. per schriftlicher Einwilligungserklärung oder ähnlichen Verfahren erfolgen. Im Hinblick auf die rechtlichen und datenschutzrechtlichen Fragen, die sich laut Mitteilung 0182/2023 ergeben, wird die Verwaltung deshalb gebeten, Kontakt mit den Städten Düsseldorf und/oder Bonn aufzunehmen, die das Verfahren bereits erfolgreich umsetzen.

Abstimmungsergebnis:

I. Abstimmung über den mündlich eingebrachten Änderungsantrag:

Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den so geänderten Dringlichkeitsantrag:

Einstimmig zugestimmt.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Antrag des Integrationsrates zur Sicherstellung der Gleichbehandlung von geflüchteten Personen sowie konsequente Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes 3112/2022

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Baubeschluss 1622/2022

Nach kurzer Diskussion über die Möglichkeit, künftig Wohnungen für Menschen, welche auf die Nutzung eines Rollstuhls angewiesen sind, nicht nur im Erdgeschoss, sondern auch in anderen mit Aufzug zugänglichen Etagen eines Gebäudes anzubieten, lässt der **Ausschussvorsitzende Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1941 mit Gesamtbaukosten in Höhe von 7,88 Mio. €.

Die Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes. Der Neubau umfasst eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung, Sole-Wärmepumpe und wird im Passivhausstandard ausgeführt.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplanungen auf Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure mit den Leistungsphasen 4 - 9 zu beauftragen sowie die Bauleistungen im Rahmen der vergaberechtlichen Regelungen zu vergeben.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5196 – Neubau Berliner Str. 219a, freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

5.2 Fortschreibung der Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI ab dem Haushaltsjahr 2023 0222/2023

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung bzw. der Fortsetzung dieses ersten Kölner LSBTI-Förderprogramms von 2022.
2. Ferner beschließt der Rat, die Entscheidung über die Bewilligung der einzelnen Zuwendungen an Berechtigte im Sinne der beiliegenden Förderrichtlinie dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu übertragen. Auf Grundlage der fristgerecht eingegangenen, prüffähigen Antragstellungen erarbeitet die Fachverwaltung eine Vorschlagsliste für Zuwendungen an Berechtigte im Sinne der Förderrichtlinie. Diese wird dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren vor Förderzusage und Mittelausschüttung zur Entscheidung und Mittelfreigabe vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Wohnen

7.1 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln 0138/2023

Herr Rogge (SPD) fragt nach, ob die Identitätsnummer tatsächlich immer beantragt werde, und ob dies von Seiten der Verwaltung auch nachgehalten werde. Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, wie viele Stellen es bei der Verwaltung im Bereich Wohnungsaufsicht gebe.

Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen) teilt mit, dass das Amt für Wohnungswesen derzeit Fälle beobachtet, bei welchen möblierte Wohnungen und Appartements auf Vermietungsportalen im Internet angeboten werden und zu prüfen sei, inwieweit eine Registrierungspflicht nach dem Wohnraumstärkungsgesetz vorliege.

Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen) teilt mit, dass das Sachgebiet Zweckentfremdung, Wohnungsaufsicht und Mietpreiskontrolle im Amt für Wohnungswesen mit folgenden Stellen ausgestattet sei:

Funktion	Anzahl Stellen	davon besetzt
Sachgebietsleitung	1	1
Grundsatzsachbearbeitung	1	1
Teamleitung	2	2
Sachbearbeitung	12	12
Ermittlungsdienst	10	8
Gesamt:	26	24

Es gelte das Prinzip der Einheitssachbearbeitung.

Zur Kenntnis genommen.

7.2 Ergebnis der Wohnraumförderung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022 0331/2023

Herr Rogge (SPD) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, wie der zu erwartenden negativen Bilanz bei Mietpreis- und Belegungsbindung entgegengewirkt werde. Er bittet auch um Auskunft, wie viele Wohnberechtigungsschein-Berechtigte Typ A und Typ B es derzeit in Köln gebe.

Herr Detjen (Die Linke) regt an eine gemeinsame Besprechung der Verwaltung mit den wohnungspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen und den Sprecher*innen für Liegenschaften zu vereinbaren, um gemeinsam zu überlegen, wie mit dem sozialen Wohnungsbau weiter umgegangen werde.

Herr Ladenberger (Bündnis 90/Die Grünen) bitte um Auskunft darüber, wie viele der 8 rollstuhlgerechten Wohnungen auf dem allgemeinen Markt oder im Zusammenhang von Heimen bzw. Wohngemeinschaften errichtet wurden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau weist darauf hin, dass die Realisierung der geförderten Wohnungsbauvorhaben von Faktoren abhängen, welche das Dezernat V nicht beeinflussen könne. Die Gesamtzahl von 2.500 fertiggestellten Wohnungsbauvorhaben im Jahr 2022 zeige, dass in Köln zu wenig gebaut werde. Dies ist eine gesamtstädtische Frage, welche gemeinsam beantwortet werden müsse. Die Anregung von **Herrn Detjen (Die Linke)** werde der Beigeordnete gerne aufnehmen.

Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen) teilt mit, wie sich die Anzahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine aufteilt:

	Typ A	Typ B
2020	9.623	416

2021	10.467	482
------	--------	-----

Zum Thema öffentlich geförderter rollstuhlgerechter Wohnraum teil **Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen)** mit, dass die Förderbedingungen des Landes NRW zur Errichtung von rollstuhlgerechtem Wohnraum für Investor*innen sehr attraktiv sei. Eine wesentliche Aufgabe wird es sein, das neue Förderprogramm für 2023 zu bewerben. Es handele sich bei den 8 Wohnungen um öffentlich geförderten Wohnraum, welcher auf dem Wohnungsmarkt angeboten werde. Hier suche die Verwaltung nach Wegen, um die Investor*innen zu motivieren, künftig mehr rollstuhlgerechten Wohnraum zu schaffen.

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung der Stadt Köln) bittet um Auskunft darüber, wie viele Senior*innen einen Wohnberechtigungsschein haben.

Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen) verweist hierzu auf in Kürze erscheinenden Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen für die Jahre 2020/2021.

Zur Kenntnis genommen.

8 Jobcenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenter Köln 0571/2023

Herr Ladenberger (Bündnis 90/Die Grünen) bittet darum zum Punkt „Integration von schwerbehinderten Menschen“ die Entwicklung der Sollzahlen zu erläutern und bittet um Auskunft darüber, ob im Vergleich zu den Vorjahren ein eingeschränkter Personaleinsatz in diesem Bereich vorliege.

Herr Detjen (Die Linke) lobt das Jobcenter hinsichtlich der 305 langzeitarbeitslosen Menschen im Leistungsbezug, welche in eine Ausbildung vermittelt werden konnten.

Frau Eggeling (Bündnis 90/Die Grünen) bittet im Zusammenhang mit dem Teilhabechancengesetz um Auskunft welcher Personenkreis berechtigt sei, hieraus Leistungen zu beziehen.

Herr Hilleke (Bündnis 90/Die Grünen) bittet darzulegen, wie hoch der Anteil an Integrations- und Eingliederungsmitteln im Vergleich zu den Verwaltungsmitteln sei. Hintergrund der Frage sei die Möglichkeit durch das Bürgergeld nunmehr eine Ausbildungsförderung zu erhalten. Hier sei von Interesse, Angaben darüber zu erhalten, wie viele Ausbildungen gefördert werden könnten und ob private Firmen oder freie Träger diese Ausbildungen durchführen.

Frau Würker (Jobcenter Köln) teilt mit, dass auf Grund der Einführung des Bürgergeldes die Integrationsplanung dahingehend abgestimmt wurde, dass das Ziel des Vorjahres + 0,1 % erreicht werden solle, da erwartet werde, dass auf Grund der Erweiterung des berechtigten Personenkreises mehr Menschen auf das Jobcenter zu kommen, welche Bürgergeldleistungen in Anspruch nehmen. Im Jahr 2022 habe das Jobcenter Köln sehr hohe Integrationszahlen bei Menschen mit einer Schwerbehinderung erzielt. Die Zielplanung der Zahlen in diesem Bereich wurde nicht reduziert. Die Abbildung der Zahlen im Januar gibt einen Zeitraum vom 15. Dezember bis 15. Januar wieder. Dies sei ein Zeitraum, in welchem nicht viele Arbeitsverhältnisse beginnen würden. Daher werde im Bericht für Januar und Februar ein „schlechteres“ Verhältnis bei den Integrationsleistungen abgebildet. Das Jobcenter Köln werde den Bereich der Betreuung von Menschen mit einer Schwerbehinderung in der Integrations-

arbeit personell weiter ausbauen und stärken. Das Erreichen der ausgewiesenen Sollzahlen bedeute für das Jobcenter hier weiter tätig zu sein und hierdurch ein positives „Übersoll“ zu erreichen.

Zum Teilhabechancengesetz führt **Frau Würker (Jobcenter Köln)** aus, dass das Jobcenter Köln die Entfristung positiv aufgenommen habe und im Jahr 2023 200 neue Förderungen beginnen werden. Mit heutigem Tag wurden bereits 80 Förderungen umgesetzt.

Die Frage nach der Haushaltsmittelsituation stelle sich so dar, dass das Jobcenter Köln im Jahr 2023 eine Zuteilung in Höhe von ca. 110 Millionen Euro für den Bereich der Eingliederungsmittel erhalten habe. Die Förderleistungen z.B. für Menschen in Ausbildung oder ähnlichen Lebenssituationen müssten differenziert betrachtet werden. In der Planung für unter 25-Jährige sind ausreichende Mittel vorgesehen.

Zur Kenntnis genommen.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Berichte zur Situation Geflüchteter 0060/2023

Herr Detjen (Die Linke) bittet beim nächsten Bericht das Thema Qualität des WLANs in den Einrichtungen für Geflüchtete zu berücksichtigen, da ihn hierzu Kritik erreicht habe.

Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen) verweist auf Seite 6 des aktuellen, 38. Berichts. Dort seien Hinweise zur Ausstattung mit WLAN aufgeführt. Das Amt für Wohnungswesen nimmt die Anregung auf.

Zur Kenntnis genommen.

9.2 3. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 4043/2022

Anmerkung der Schriftführung: Gemäß Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung wird TOP 9.2 zusammen mit TOP 10.2.2 Beantwortung der Nachfrage zu TOP 9.4 Gewaltschutzkonzept aus der Sitzung vom 22.09.2022, Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Remli (Vorlage 3862/2022) behandelt. Die Wortbeiträge wurden zur besseren Übersichtlichkeit unter TOP 9.2 zusammengefasst.

Frau Remli (Die Linke) bittet um Auskunft darüber, ob die Umsetzung des Gewaltschutzkonzepts mit nur einer Person möglich sei. Ferner bittet sie um Auskunft wie Betroffene über das Vorhandensein einer Gewaltschutzkoordinatorin informiert werden.

Herr Zitzmann (Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln) teilt mit, dass das Gewaltschutzkonzept von Seiten der Ombudsstelle grundsätzlich positiv gesehen werde. Schwierigkeiten bestünden im Bereich der stadortbezogenen Implementierung des Gewaltschutzkonzeptes, also bei der Umsetzung vor Ort. Gerade im Bereich der beauftragten Gewaltschutz-Personen als Ansprechpartner*innen der Betroffenen vor Ort gebe es Nachholbedarf in den Unterkünften. Insbesondere in den konfliktträchtigen Unterkünften fehle es an geeigneten Ansprechpartner*innen für die Betroffenen. Dies betreffe sowohl den eigentlichen sozialen Dienst, als auch Angebote für Kinder und Jugendliche. Hier fehle es auch an geeigneten Rückzugsräumen, wie z.B. kinderfreundliche Orte, welche bespielt werden könnten.

Zur den Empfehlungen der Ombudsstelle zur Verstärkung der Identifizierung schutzbedürftiger Personen führt **Herr Zitzmann** aus, habe die Ombudsstelle beispielsweise angeregt, dass das Büro der städtischen Behindertenbeauftragten bei der Planung baulicher Voraussetzungen mit einbezogen werden solle. Er weist darauf hin, dass der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen einen Arbeitskreis hinsichtlich der Situation vulnerabler Personen einrichte, welcher sich sicherlich auch mit diesen Fragen beschäftigen werde.

Zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1.1 Fördermittel aus dem Stärkungspakt gegen Armut abrufen Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.02.2023 AN/0241/2023

Sache durch Beantwortung der Verwaltung erledigt.

**AN/0241/2023, Fördermittel aus dem Stärkungspakt gegen Armut abrufen
Beantwortung der Anfrage
0732/2023**

Zur Kenntnis genommen.

10.1.2 Wohngeldantragsstau und Abschlagszahlungen Anfrage der Fraktion Die Linke vom 17.02.2023 AN/0278/2023

Sache durch Beantwortung der Verwaltung erledigt.

**Wohngeldantragsstau und Abschlagszahlungen
Beantwortung der Anfrage
0720/2023**

Anmerkung der Schriftführung: Gemäß Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung wird dieser TOP zusammen mit TOP 12.19 Bezahlbare Mieten in Köln sichern - GAG bleibt dem Anspruch auf Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu (Vorlage 0179/2023) behandelt. Die Wortbeiträge wurden, zur besseren Übersichtlichkeit unter TOP 10.1.2 zusammengefasst.

Herr Detjen (Die Linke) lobt die Verwaltung hinsichtlich der bis jetzt zusätzlich eingestellten Mitarbeiter*innen, welche bei der Bewältigung der Rückstände auf Grund der Wohngeldreform eingesetzt wurden. Er bittet die Verwaltung, den Ausschuss künftig regelmäßig über den Sachstand der Bearbeitung der Wohngeldanträge zu informieren. Er schlägt vor bei der Akquise neuer Mitarbeiter*innen für die Wohngeldstelle auch innerhalb der Stadtverwaltung kreative Wege zu gehen.

Frau Glashagen (Volt) schließt sich der Bitte von **Herrn Detjen (Die Linke)** an.

Herr Beigeordneter Dr. Rau nimmt den Vorschlag von **Herrn Detjen (Die Linke)** auf und sagt zu, den Ausschuss künftig regelmäßig über den Bearbeitungsstand von

Wohngeldanträgen zu informieren. Er verweist auf IT-NRW, welche die aktualisierte Software zur Wohngeldberechnung/ -bescheidung erst Ende März 2023 zur Verfügung stelle. Eine Bearbeitung der Anträge sei daher erst ab April 2023 möglich. Dies betreffe alle Kommunen in NRW.

Es sei, so führt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** aus, gelungen in diesem Bereich 150 Stellen neu zu schaffen. Hiervon seien 80 Stellen bereits besetzt, so dass mit der Aufarbeitung der Rückstände weiter fortgefahren werden könne. Er macht deutlich, dass diese Aufarbeitung aber noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde, die betroffenen Antragsteller*innen das Wohngeld selbstverständlich rückwirkend erhalten werden.

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung um Auskunft, ob die bei der Wohngeldstelle zugesetzten Stellen zweckgebunden befristet seien.

Frau Kerscher (Amt für Wohnungswesen) teilt mit, dass die neu geschaffenen Stellen befristet seien. Das Amt für Wohnungswesen werde die Entwicklung des Antragsaufkommens im Bereich des Wohngeldes sehr sorgfältig verfolgen und rechtzeitig notwendige Verlängerungen der Stellen auf den Weg bringen.

Herr Detjen (Die Linke) bittet die Verwaltung mit der Tatsache einer längeren Bearbeitungszeit und einer damit verbundenen späteren, rückwirkenden Auszahlung des Wohngeldes offensiv umzugehen und hierüber zu informieren.

Zur Kenntnis genommen.

10.2 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.2.1 Stadt kassiert einstweilige Anordnung durch das Verwaltungsgericht Anfrage der AfD-Fraktion vom 16.01.2023 AN/0050/2023

Sache durch Beantwortung der Verwaltung erledigt.

**Stadt kassiert einstweilige Anordnung durch das Verwaltungsgericht -
Vorhaben zur Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Alleinerziehender mit 5 Kindern unzulässig (Anfrage AN/0050/2023 der AFD-Fraktion),
Beantwortung der Anfrage
0241/2023**

Zur Kenntnis genommen.

10.2.2 Beantwortung der Nachfrage zu TOP 9.4 Gewaltschutzkonzept aus der Sitzung vom 22.09.2022 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Remli 3862/2022

Zur Kenntnis genommen.

10.2.3 Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.05.2022 AN/1010/2022

Zurückgestellt.

**Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu "Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundversicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine"
0729/2023**

Herr Detjen (Die Linke) beantragt die Vorlage AN/10102022 und die erst heute zuge-setzte Beantwortung unter Vorlage 0729/2023 zur nächsten Sitzung des Ausschusses nochmals aufzurufen.

Zurückgestellt.

**10.2.4 Räumung eines Obdachlosenlagers in Köln-Kalk am 08.12.2022
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.01.2023
AN/0049/2023**

Sache durch Beantwortung der Verwaltung erledigt.

**Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates,
AN/0049/2023 der SPD bzgl. der Räumung des Obdachlosenlagers auf
der Kalker Hauptstraße am 08.12.2022
0335/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**10.2.5 Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen
Gem. Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt,
SDP, FDP und Die Linke vom 16.01.2023
AN/0048/2023**

Gemäß Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung wird dieser TOP zusammen mit TOP 3.1 (Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlo-senberichts, gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke, AN/1627/2022) in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

Zurückgestellt.

**10.2.6 Anfrage des Sachkundigen Einwohners Intveen (Behindertenvertretung)
vom 22.02.2023 zur Barrierefreiheit öffentlicher Toiletten
AN/0300/2023**

Die Beantwortung der Anfrage vom 22.02.2023 durch die Verwaltung steht aus.

Zurückgestellt.

10.3 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**10.3.1 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.02.2023.
AN/0331/2023**

Die Beantwortung der Anfrage vom 27.02.2023 durch die Verwaltung steht aus.

Herr Gruner (CDU) hebt die Wichtigkeit der Anfrage hervor, da hier ein großer Personenkreis, nicht nur Senior*innen, betroffen sei. Es gebe eine Vielzahl von Kursangeboten für das Online-Banking oder für den Umgang mit mobilen Endgeräten für Wiedereinsteiger oder Senior*innen, z.B. durch Bürgervereine oder der VHS. Leider seien diese Angebote nicht ausreichend bekannt. Die CDU regt an, dass dieses wichtige Thema nicht nur in die Stadt AG Seniorenpolitik, sondern auch in den Digitalisierungsausschuss transportiert werde.

Zurückgestellt.

10.3.2 Inklusionsbericht 2021

Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2023

AN/0334/2023

Sache durch Beantwortung der Verwaltung erledigt.

Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Inklusionsbericht 2021

Beantwortung der Anfrage

0741/2023

Herr Liefertz (FDP) bittet die Verwaltung um Auskunft, ob nur die Datenerhebung nicht möglich sei oder ob keine Praktikanten mit einer Behinderung beschäftigt werden. Hier bestehe von Seiten der Politik die Sorge, dass Chancen für die Stadtverwaltung und auch für die Betroffenen verpasst werden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, die Frage an das zuständige Dezernat weiterzuleiten.

Zur Kenntnis genommen.

11 Mündliche Anfragen

Frau Glashagen (Volt) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, ob fehlende Blindenleitsysteme am Seiteneingang des Spanischen Baus nachträglich angebracht werden könnten. Sie macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass Menschen mit Behinderungen und deren Bedürfnisse bei jedem Projekt der Verwaltung mitgedacht und berücksichtigt werden sollten.

Frau Tomše (Behindertenbeauftragte der Stadt Köln) bedankt sich für die Anfrage und sagt eine Prüfung zu.

Herr Detjen (Die Linke) bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren einen Sachstandsbericht zu den „Dritten Orten“ vorzulegen und hierbei insbesondere über die Vergabe der Restmittel zu informieren. Hier stelle sich insbesondere die Frage, ob auch kleinere Träger von diesen Restmitteln profitieren könnten.

11.1.1 Anfrage der Seniorenvertreterin Dr. Köhler der Stadt Köln zu Beantwortungen der Verwaltung in der Sitzung der Stadt AG Seniorenpolitik vom

28.10.2022

AN/1970/2022

Sache durch Beantwortung der Verwaltung erledigt.

Anfrage der Seniorenvertretung zur Beantwortung von Fragen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik am 28.10.2022 (AN/1970/2022) Beantwortung durch die Verwaltung 0352/2023

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung der Stadt Köln) bedankt sich für die umfassende Beantwortung. Sie macht zu Punkt 3 aber darauf aufmerksam, dass die Katholische Fachhochschule in dem Bereich der Arbeitsökonomie bei Senior*innen Projekte durchführe.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erläutert, dass die Verwaltung nur auf Erkenntnisse eingehen könne, welche dort vorliegen und für das Handeln der Stadtverwaltung erforderlich seien.

Zur Kenntnis genommen.

12 Mitteilungen

12.1 LSBTI-Aktionsplan: erste Zwischenbilanz 0444/2023

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung für die Mitteilung und die schnelle Umsetzung des Förderprogramms. Er bittet die Verwaltung die Umsetzung des beschlossenen Aktionsplans LSBTI zu prüfen und den Umsetzungsstand nachzuhalten. Hier müsse dann entschieden werden, ob Nachschärfungen oder ggf. ein weiterer Aktionsplan notwendig seien.

Zur Kenntnis genommen.

12.2 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023 0083/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2023" 4289/2022

Frau Glashagen (Volt) bitte die Verwaltung um Auskunft darüber, wie sich die Kritik des letzten Jahres auf den Auswahlprozess dieses Jahres auswirke.

Zur Kenntnis genommen.

12.4 Bericht aus der Geschäftsstelle Kooperatives Baulandmodell 0157/2023

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung der Stadt Köln) bittet die Verwaltung darum, auch die Belange von Senior*innen und Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung des Kooperativen Baulandmodells zu berücksichtigen.

Zur Kenntnis genommen.

**12.5 Aktionstag „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 13. Kölner
Vorsorge-Tag am 29.03.2023
0422/2023**

Herr Intveen (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) fragt nach, wer diese Aktion trage.

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau teilt mit, dass der Veranstalter des Aktionstages „gesund & mobil im Alter“ der Verein Senioren Servicedienst Köln e.V. in Kooperation mit dem Gesundheitsamt der Stadt Köln sei.

Zur Kenntnis genommen.

**12.6 Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
1020/2022**

Der **Ausschussvorsitzende Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass von Seiten der Politik ein Antrag vorbereitet werde, um künftig zu verhindern, dass ausgebildete Menschen mit Behinderung nach ihrer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung nicht übernommen werden.

Herr Liefertz (FDP) lobt die Kampagne. Er hoffe, dass, sollten sich mehr Menschen mit Behinderung bewerben, diese auch eingestellt werden.

Herr Intveen (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) bittet die Verwaltung auch Menschen zu berücksichtigen, welche zwar eine Behinderung haben, sich selbst aber nicht als Mensch mit Behinderung verstehen würden.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass sich dieses Programm bewusst an Menschen mit kognitiven Behinderungen, also z.B. einer Lerneinschränkung richte.

Frau Tomše (Behindertenbeauftragte der Stadt Köln) teilt mit, dass es Gespräche zwischen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und dem Personalamt gebe, bei welchen auch diese Thematik angesprochen werde.

Zur Kenntnis genommen.

**12.7 Mitteilung über Verteilung der Mittel Interkulturelle Zentren 2023
0334/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.8 „Aktionstag Senior*innen“ am 25. März 2023
0483/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.9 Konzept der Stadt Köln für die Einrichtung von genderneutralen Toiletten an Schulen und in städtischen Gebäuden
4195/2022**

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Mitteilung zu den genderneutralen Toiletten und der schnellen Entwicklung des Konzeptes für Schulneubauten. Bei den geplanten Schulneubauten sei es wichtig, dass das Konzept nun schnell umgesetzt werde. Der Antrag im Rat ([AN/0307/2022](#)) sei ein Anfang, aber es müsse an das weitere Vorgehen gedacht werden.

Er bittet die Verwaltung daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Das Konzept ist insbesondere für genderneutrale Toiletten bei Schulneubauten, wie wird dies nun standardisiert umgesetzt und ab wann werden diese Toiletten in den Planungen realisiert?
2. Wie sieht der Plan für die Umsetzung von genderneutralen Toiletten bei Bestandsschulen aus?
3. Im Konzept wird auch Bezug auf genderneutrale Umkleiden und Duschen genommen. Wird der Ratsantrag zu genderneutralen Toiletten so interpretiert, dass dieser auch für genderneutrale Umkleiden und Duschen verpflichtend ist?

Er bittet die Beantwortung auch den Gremien der Beratungsfolge dieser Mitteilung zur Kenntnis zu geben.

Frau Ortmann (Amt für Integration und Vielfalt) sagt eine Beantwortung durch die Fachverwaltung zu.

Zur Kenntnis genommen.

12.10 Ergebnis der Prüfung des automatischen Versands von Köln-Pässen an Wohngeld- und SGB II- Leistungsbeziehende (AN/2060/2022) 0182/2023

Anmerkung der Schriftführung: Gemäß der Beschlussfassung zur Festsetzung der Tagesordnung wird dieser TOP zusammen mit dem Dringlichkeitsantrag AN/0411/2023 unter TOP 3.2 behandelt. Wortbeiträge sind dort aufgeführt.

Zur Kenntnis genommen.

12.11 Förderprogramm "Im Veedel gegen Corona" 0572/2023

Der Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der Stabsstelle, welche die Mittel zielgerichtet und sinnstiftend vergeben habe.

Zur Kenntnis genommen.

12.12 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik 0186/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.13 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln 0355/2023

Herr Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) lobt die Verwaltung hinsichtlich der Möglichkeit, die Internetseite der Stadt Köln nun automatisiert übersetzen zu können.
Zur Kenntnis genommen.

**12.14 Mietvertrag und Umbau Drogenkonsumraum Kalk
0619/2023**

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** fragt, wie der weitere Zeitplan sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt zu, den Ausschuss über den aktuellen Zeitplan zu informieren.

Zur Kenntnis genommen.

**12.15 Gründung des Forums "Unternehmen engagiert in Köln" und Marktplatz
"Gute Geschäfte fürs Klima!"
0681/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.16 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen
Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023**

Gemäß der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

Zurückgestellt.

**12.17 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete
aus der Ukraine
0509/2023**

Gemäß der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

Zurückgestellt.

**12.18 Sprachen in Köln
0680/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.19 Bezahlbare Mieten in Köln sichern - GAG bleibt dem Anspruch auf
Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu
0179/2023**

Anmerkung der Schriftführung: Der TOP wurde zusammen mit TOP 10.1.2 (Wohngeldantragstau und Abschlagszahlungen, Anfrage der Fraktion die Linke vom 17.02.2023 (AN/0278/2023 und der dazugehörigen Beantwortung der Verwaltung (0720/2023) behandelt.

Wortbeiträge wurden unter TOP 10.1.2 zusammengefasst.

Zur Kenntnis genommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)
beendet die Sitzung um 17:40 Uhr.

Gez.

Daniel Bauer-Dahm
(Vorsitzender)

Gez.

Thomas Krämer
(Schriftführer)